

es Sachzwangs liegt in der Lo-  
realistisch — fordert das Un-  
Wenn wir in der Vergangen-  
herrschenden Zugeständnisse ab-  
haben, dann nicht durch Anpas-  
dern durch Gegenpolarisie-  
ins Getriebe der herrschenden  
neuen zu wollen, mag heute als  
gelten. Sich lang zu machen,  
angschaltung zu berühren, gilt  
über als zeitgemäß. Schlimm  
doch, wenn die Aufgabe jeder  
digen Politik unter dem Etiket-  
del „Realpolitik“ firmiert. Das  
den Widerstand gegen Groß-  
nd nicht minder wie für den  
nd gegen AKWs. Und dennoch  
noch einen Unterschied: Das  
das Volk, das andere will es

### Menschen das doch!

die Lähmung der BRD-Linken  
t wirkungsvollste, zugleich aber  
e Sachzwang-Argument besteht  
Verweis, daß die Mehrheit der  
Bevölkerung die Wiedervereini-  
gung will.  
„Mensch sich als Linker gegen das  
zumal gegen das der DDR stellen  
in Deutschen ein Recht auf „natio-  
Selbstbestimmung“ absprechen?  
immer! Es ist doch grundsätzlich  
eine schlimme Zeitgeist-Marotte,  
das „Volk“ idealisiert und die Inter-  
egensätze innerhalb desselben  
rt werden. (Zur Erinnerung: 1975  
der Bauplatz in Wyhl besetzt, nach-  
ch per Bürgerentscheid die Mehr-  
r das AKW ausgesprochen hatte.)  
aupt kein Vertrauen verdient, spe-  
n „nationalen“ Fragen freilich das  
er Deutschen, das sich als Mitver-  
er und Mittäter am Holocaust bis  
überwiegend weigert, hierüber  
nur zu trauern. Vermutlich ist die  
at der deutschen Verbrechen nir-  
wo in Europa so gründlich verdrängt  
der Bevölkerung beider deutscher  
n. Angesichts jener Vergangenheit  
eint es geradezu absurd, sich mit  
Argument selbstberuhigen zu wol-  
aß nicht nur der Imperialismus, son-  
vielfach auch die „Massen“ auf  
deutschland abfahren. Dies macht  
ache nicht besser, sondern schlim-  
und den Widerstand der Andersden-  
en nur noch notwendiger. Wie viel  
wie wenig darüberhinaus die Wie-  
ereinigung mit „Selbstbestimmung“  
in hat, ist in den letzten Monaten  
als deutlich geworden. Ein „natio-  
Selbstbestimmungsrecht der Deut-  
n“ anzuerkennen, hieße, eine zentra-  
ampfparole des BRD-Imperialismus  
bernehmen und gegen seine früheren  
künftigen Opfer in Anschlag zu brin-  
In bestimmten Fragen: Großdeutsch-  
deutsche Atomwaffen etc.pp. muß  
die Meinung der ehemaligen  
ZI-Gegner auch heute noch wichtiger  
als die der Deutschen.

## Ein schwarz-rot-goldener Schatten am Rande des Grünen-Parteitages von Yaron Matras

Der rüstungspolitische Experte der Grü-  
nen verlas sein Referat geflissentlich wei-  
ter, während mehr als zweihundert Roma  
— junge Männer, einige Frauen und Kin-  
der — den Tagungssaal des Grünen-Partei-  
tages in Hagen betreten und die Bühne be-  
setzten. Erst als mit den Rufen „Rudko,  
Rudko!“ ein neuer Rhythmus in den  
Raum kam und die Verwirrung unter den  
Vorstandsmitgliedern am gedeckten Pro-  
mi-Tisch nicht mehr zu übersehen war, un-  
terbrach er seine monotone Rede. Rudko  
Kawczynski, Spitzenkandidat der Grü-  
nen für die letzte Europawahl und Spre-  
cher der Roma-Verbände, war nicht nach  
Hagen gekommen, um allein für das Blei-  
berecht seiner Volksgruppe zu demon-  
strieren: Fünfzehn Minuten lang waren es  
diesmal die Grünen selbst, die auf ihrem  
eigenen Parteitag auf der Anklagebank sa-  
ßen.

„Der Rom hat seine Schuldigkeit ge-  
tan“, so empfinden Kawczynski und seine  
Freunde, die sich seit einem Jahr für ein  
Bleiberecht der von der Abschiebung be-  
drohten, heimatlosen Roma einsetzen,  
den Umgang der Grünen mit der Kandi-  
datur und mit ihrem Anliegen. Die Wahl-  
versprechungen der Partei — bis zu den  
Europawahlen im Juni hieß es: „Mut zur  
multikulturellen Gesellschaft!“ — halten  
sie im nachhinein für plakative Lippenbe-  
kenntnisse, ja sogar für einen Mißbrauch  
der Notlage der ethnischen Minderheiten  
für eigene politische Zwecke. Denn dem  
Aufruf folgten keine Taten.

Selbst dem Vertrag mit ihrem Spitzen-  
kandidaten — einem Staatenlosen, der  
von vornherein nicht in das Parlament hin-  
eingewählt werden konnte — schenkten  
die Parteigremien nach den Wahlen nur  
minimale, bürokratische Aufmerksamkeit.  
Während die Partei-Beschlüsse vom  
letzten Jahr verkündeten: „(...) er ist kein  
symbolischer Kandidat, sondern stimm-  
berechtigtes Fraktionsmitglied, den Ab-  
geordneten politisch und materiell gleich-  
gestellt“, wurde später aus dem Konsens  
um die politische Mandatierung ein Streit  
um die finanzielle Verantwortung. Weder  
ein Büro, noch Mitarbeiterstellen, noch  
ein sonstiger Zugang zum Partei-Instru-  
mentarium wurde dem Teil der Basis zu-  
gesichert, für den Kawczynski auftrat.  
Der Spitzenkandidatenvertrag wurde ein-  
seitig und ohne Begründung aufgekün-  
digt, statt dessen wurde Kawczynski eine  
Mitarbeiterstelle bei der Europa-Gruppe  
in Brüssel angeboten, wo sich jedoch der  
Staatenlose ohne Visum nicht aufhalten  
darf. Nimmt er eine Arbeit im EG-Aus-  
land an, verliert er wiederum seinen Auf-  
enthaltsstatus in der BRD.

Aber über die praktischen Probleme,  
mit denen ethnische Minderheiten im ver-

einigten „Europa der Konzerne“ konfron-  
tiert werden, scheinen sich die Grünen  
ebensowenig Gedanken gemacht zu ha-  
ben, wie über die Umsetzung ihrer Ab-  
sichtserklärung, mit den Roma eine poli-  
tische Partnerschaft einzugehen. Die Pa-  
role „offene Grenzen“, mit der die deut-  
sche Öko-Partei hausieren gegangen war,  
kann vielleicht jetzt im Sinne des neuen  
Nationaltages, des 9. November, deutsch-  
deutsch uminterpretiert werden. Doch  
zwischen Mehrheit und Minderheit, zwi-  
schen einheimischen „Helfern“ und ein-  
gewanderten „Patienten“ machte sich in  
der Hagener Stadthalle eine ganz tiefe  
Kluft deutlich: Während zwei türkische  
Delegierte den Roma applaudierten, löste  
sich unter den Mehrheits-Alternativen all-  
gemeine Empörung aus.

Die wenigen Zeichen von Sympathie  
wurden übertönt von Rufen wie „der Sip-  
penchef hält eine Personality-Show“ und  
„es sind nur die Männer da; ihre Frauen  
sperrten sie zuhause ein“. Und trotzdem  
war es der Parteitag der Grünen. Mit ih-  
rem Plakat „grün-gestrichener Rassis-  
mus“ hatten also die Roma nicht ganz da-  
neben getroffen. Erst wenige Tage vor  
dem Spektakel in Hagen stimmten die  
Grünen-Abgeordneten in Bremerhaven  
— zusammen mit den anderen Fraktio-  
nen, allen voran die DVU — für die Ab-  
schiebung einer Roma-Familie.

„Ich war zum Spitzenidioten nominiert  
und allmählich in die Rolle des bettelnden  
Zigeuners eingewiesen worden; ich bin  
vielleicht blöd, aber ich lasse mich nicht  
kaufen“, erklärte Rudko Kawczynski und  
verließ mit seinen Freunden wieder den  
Saal. Nach wenigen Minuten war grüne  
Ordnung wieder hergestellt. Während  
die schwarzköpfigen „Fremdlinge“ abzo-  
gen, begrüßte der Vorstand — unter hef-  
tigem, begeistertem Beifall aller Delegier-  
ten — drei Gäste aus der DDR, und volks-  
grün wurde die Rüstungsdebatte planmä-  
ßig fortgesetzt. Keiner protestierte, kei-  
ner fragte nach einer Erklärung, keiner  
unternahm den Versuch, mit den Roma  
draußen vor dem Sitzungssaal zu spre-  
chen. Ein hundertprozentiger Stamm al-  
ternativer Mitläufer gerade auf dem vor-  
gesehenen Spaltungskongreß: Nirgends  
scheint die Einigkeit der deutschen Ge-  
sellschaft so gewährt zu sein, wie bei der  
Herausforderung durch außenstehende  
Fremde.

### Anmerkung der Redaktion:

Wir haben versucht von den GRÜNEN  
eine Stellungnahme einzuholen, die lei-  
der zu dem Vorgang bisher nicht vorliegt.